

World debtors on an emergency basis now. Later we can turn to the task of reforming the old economic order, before it results in benefits accompanied by further dreadful misfortunes that no human wisdom can foresee.

*André Gunder Frank, Universiteit van Amsterdam, Jodenbreestraat 23,
NL-1011 NH Amsterdam*

Gottfried Mazal

UNCTAD VII – EINE PLATTFORM FÜR DIE ZUKUNFT

Arbeitsbeschaffung für Diplomaten – das beste Ergebnis, das eine Welthandelskonferenz je hervorbrachte: Dies sind die beiden Extreme, zwischen denen die Beurteilung der UNCTAD VII schwankt, die im Juli dieses Jahres in Genf stattfand. Hier soll versucht werden, eine Beurteilung der Konferenz und eine Einschätzung ihrer Ergebnisse darzulegen, nüchtern und realistisch, aber sicherlich nicht frei von subjektiven Einflüssen, wie sie einem Teilnehmer auch nicht verdacht werden können.

Die Vorzeichen, unter denen die UNCTAD VII stand, waren denkbar ungünstig. Einerseits war die Haltung der Gruppe B, also der westlichen Industriestaaten, vom Trauma der bisherigen Konferenzen gezeichnet, die eine Fülle individueller Resolutionen und Entscheidungen brachten, deren Durchführung den Keim weiterer Auseinandersetzungen in sich barg; auch brachten die Bemühungen um eine institutionelle Reform und um eine Erhöhung der Effizienz der UNCTAD in den letzten Jahren nur bescheidene Erfolge. Andererseits ließ auch die von den Entwicklungsländern (der „Gruppe 77“) in Havanna erarbeitete Ausgangsbasis nichts Gutes erhoffen, da in der Havanna-Deklaration und in den einzelnen Positionspapieren im wesentlichen nur eine Fortschreibung traditioneller Maximalforderungen enthalten war. Einen Hoffnungsschimmer brachten die vom UNCTAD-Sekretariat ausgearbeiteten Unterlagen, die verhältnismäßig ausgewogen und realistisch waren. Den sichtbarsten Niederschlag fand die zurückhaltende Einstellung der Gruppe B darin, daß die USA ihre Delegationsleitung auf relativ niedrigem Niveau hielt und als einer der wenigen Teilnehmer nicht auf Ministerebene vertreten war.

Die endgültige Fixierung der Tagesordnung der Konferenz kann als erster Erfolg einer realistischen Einschätzung der Lage gesehen werden. Anstelle einer langen Auflistung zahlreicher Problempunkte gelang es, eine Konzentration auf vier wesentliche Sachbereiche durchzusetzen: Ressourcen für die Entwicklung, einschließlich finanzieller und verwandter monetärer Fragen; Rohstoffe; internationaler Handel; und Probleme der am wenigsten entwickelten Länder. In der Tat lassen sich unter diese Themata die wesentlichen Probleme im Nord/Süd-Verhältnis subsumieren, vor allem wenn man bedenkt, daß die Konferenz unter dem meritorischen Generalthema „Revitalizing development, growth and international trade“ stand. Dazu kam noch, daß die Gruppe B von Anfang an darauf bestand, daß der Festschreibung politischer Konklusionen eine gemeinsam erarbeitete Beurteilung („assessment“) der Weltwirtschaftslage vorangehen müsse. Dieses Konzept wurde von der Gruppe 77 nur widerwillig akzeptiert, erwies sich aber dank seiner logischen Überzeugungskraft als letzten Endes erfolgreich.

Schließlich muß auch bedacht werden, daß das weltwirtschaftliche Szenario zu keinem großen Optimismus Anlaß bot. Die Volkswirtschaften der Industriestaaten

erholen sich nur langsam von der großen Krise der letzten Jahre; hohe Arbeitslosenraten zeugen von der Schwierigkeit der notwendigen Anpassungsmaßnahmen in strukturpolitischer Hinsicht; die hohe Verschuldung zahlreicher Entwicklungsländer stellt nicht nur die betroffenen Länder vor große Probleme; steigender Protektionismus auf allen Seiten erhöht die Unsicherheit und untergräbt das Vertrauen, das für eine gedeihliche Entwicklung der Weltwirtschaft unabdingbar ist; besonders in Afrika ist nahezu ein ganzer Kontinent mit einer Krise ohnegleichen konfrontiert.

Ausgehend von diesem durch Skepsis geprägten Umfeld brachte bereits die Plenardebatte eine gewisse Überraschung. Wenn auch viele Beiträge der angereisten Minister nach gewohntem Schema abliefen, so zeigten doch etliche Beiträge gerade aus der Dritten Welt, daß dort das Bewußtsein der Notwendigkeit, Eigenanstrengungen unter Beachtung marktwirtschaftlicher Grundsätze zu forcieren, den Vorrang vor einer ideologisch fundierten Anklagestrategie weltplanwirtschaftlichen Zuschnittes zu gewinnen beginnt. Aus vielen Beiträgen des Nordens war andererseits die zunehmende Erkenntnis zu ersehen, daß es auf Dauer nicht möglich ist, in einem kleinen Teil der Welt den Wohlstand aufrechtzuerhalten und zu vermehren, wenn die Mehrheit der Weltbevölkerung immer mehr verarmt – was eigentlich die Schlußfolgerung aus dem Schlagwort „Interdependenz“ ist.

Der österreichische Beitrag zur Plenardiskussion, von Minister Neisser vorgetragen, stand unter dem Motto „Armut verlangt nach Solidarität, Interdependenz nach Partnerschaft“ und betonte die Notwendigkeit einer realistischen Einschätzung der Möglichkeiten und einer differenzierten Sicht der sehr unterschiedlichen Probleme, vor allem im Hinblick auf Enttäuschungen, die in der Vergangenheit aus multilateralen Bemühungen der Vereinten Nationen in Wirtschaftsfragen herausgekommen sind. Die Forderung, zur wirtschaftlichen Strukturanpassung die offensichtliche Verteilung der Marktkräfte und Marktsignale zu nutzen, stellte keine Überraschung in der Rede dar, die insgesamt bei den Konferenzteilnehmern durchaus gut ankam.

Die substantiellen Arbeiten der Konferenz begannen in vier Sessionalkomitees, die zu den vier Themenkreisen der Tagesordnung auf die Reise geschickt wurden. Im Bereich finanzieller Ressourcen waren es die Verschuldung zahlreicher Entwicklungsländer, die besonders viele Probleme bereitete. Die Vorstellung einzelner Schuldnerländer, ihre Darstellung von einem weltweiten „negativen Ressourcetransfer“, wonach die Rückzahlung von Zinsen und Kapital global den Zustrom neuer Finanzmittel übersteige, zu einer allgemein anerkannten Feststellung zu erheben, sowie eine Aufforderung zu einem umfassenden Schuldennachlaß durchzusetzen, erwies sich als unrealistisch. Auch die verschiedentlich vorgebrachte Forderung nach einer neuen Weltwährungskonferenz fand keine breite Unterstützung. Auf dem Rohstoffsektor stellte die Unterzeichnung des Gemeinsamen Fonds, der noch immer nicht in Kraft steht, durch die UdSSR, gefolgt von ähnlichen Schritten anderer Länder, zunächst das optisch bedeutendste Ereignis dar. Damit ist es tatsächlich eher wahrscheinlich, daß dieser Fonds in Bälde wirksam wird. Diese Vorstellung stößt allerdings auf allen Seiten auch auf ein gewisses Unbehagen, da die Konzeption des Fonds den heutigen Vorstellungen von Entwicklungszusam-

menarbeit und dem derzeitigen Stand der internationalen Rohstoffpolitik nicht mehr voll adäquat ist. Daneben waren auch die Forderungen der Gruppe 77 auf Kompensation von Exporterlösausfällen umstritten.

Der internationale Handel ist durch das Zwillingsproblem des zunehmenden Protektionismus und der nicht rasch genug erfolgenden Strukturanpassungen bedroht. Als strittig erwies sich besonders das Bestreben mehrerer Entwicklungsländer, der UNCTAD einen bestimmenden Einfluß auf die Uruguay-Runde des GATT zu geben, was von den Industriestaaten als nicht im Interesse der GATT-Verhandlungen gelegen geschlossen abgelehnt wurde. Auch das Verlangen der Entwicklungsländer, wirtschaftliche Sanktionen aus politischen Gründen generell zu verurteilen, war ein bedeutender Streitpunkt. Hingegen sind die Probleme der am wenigsten entwickelten Länder an sich unbestritten, doch fand dieses Sessionalkomitee seine Schwierigkeiten vor allem von den Bereichen abgeleitet, in denen es auf die Ergebnisse der Arbeiten an den anderen Themenkreisen Rücksicht nehmen mußte, also finanzielle Ressourcen (insbesondere Verschuldung), Rohstoffe und internationaler Handel.

In allen Komitees, aber auch auf Delegationsleiterebene im Plenum, ergab sich schließlich das Problem der von der Gruppe B verlangten gemeinsamen Beurteilung der Weltwirtschaftslage. Wie bereits angedeutet, war es ein besonderes Anliegen der Industriestaaten, dieses „assessment“ von allen Konferenzteilnehmern gemeinsam tragen zu lassen, da nur auf einer solchen gemeinsamen Grundlage tragfähige Schlußfolgerungen für zu treffende Maßnahmen aufgebaut werden können. Dank des großen Realismus vieler Verantwortlicher auf allen Seiten, die sich auch entsprechend persönlich einsetzten, blieb der Versuch der Gruppe 77, einer solchen gemeinsamen Beurteilung auszuweichen, erfolglos. Ausführliche Passagen eines solchen „assessment“ sind daher im Schlußdokument der UNCTAD VII sowohl allgemein als auch zu den einzelnen meritorischen Themata enthalten.

Dieses Schlußdokument verdient besondere Beleuchtung, zunächst in seiner Entstehungsgeschichte. Von der Gruppe B wurde von Anfang an angestrebt, die Konferenz nicht wiederum in einer Vielzahl von Einzeltexten enden zu lassen, sondern ein einziges, konsolidiertes Schlußdokument zu verabschieden. Dieses konsolidierte Dokument sollte als einheitliches Ganzes ein getreues Abbild der Interdependenz der Partner der Weltwirtschaft sein. Es war bis nahezu gegen Ende der Konferenz ungewiß, ob dieses Ziel erreicht werden kann. Die drohende Alternative war, daß die Gruppe 77 die einzelnen Abschnitte der in Havanna vorbereiteten Texte zur Abstimmung stellt: die prozeduralen Vorkehrungen für ein solches Ergebnis waren jedenfalls bereits getroffen, da sich einige wichtige Entwicklungsländer gegen die Idee eines konsolidierten Textes lange wehrten, zumal es lange nicht den Anschein hatte, daß in den Sessionalkomitees Einigung in den „crucial points“ erzielt werden könnte.

In dieser kritischen Phase der Konferenz setzte der Konferenzpräsident, der Minister für Finanzen, Wirtschaft und Entwicklungsplanung von Zimbabwe, Bernard Chidzero, seine „Geheimwaffe“ ein. Von Anfang an war vorgesehen, daß auch in der Schlußphase Delegationen von Ministern geleitet werden sollen. Chidzero war sich klar darüber, daß diese Minister, unter denen bedeutende Per-

sönlichkeiten waren, auch angemessen beschäftigt werden müssen; die bloße Verlesung eines vorbereiteten Statements wäre vielfach zu wenig gewesen. Viele Konferenzteilnehmer sahen der Anwesenheit der Minister mit Mißtrauen entgegen, da die Form der Einbindung dieser Persönlichkeiten unklar war. Chidzero überwand nun die toten Punkte in den Beratungen der einzelnen Komitees dadurch, daß er führende Persönlichkeiten aus dem Kreis der Minister als persönliche Beauftragte mit Vermittleraufgaben betraute. Wider Erwarten gelang es durch dieses Verfahren tatsächlich, die meisten Schwierigkeiten auszuräumen. Die letzten „hard cores“ blieben dem Konferenzpräsidenten, dem es auf Grund seines profunden Sachwissens — er war schließlich jahrelang internationaler Beamter, zuletzt im UNCTAD-Sekretariat — und seiner großen Geduld, gepaart mit Beharrlichkeit und Verhandlungsgeschick, glückte, die Konferenz mit der üblichen Verspätung zu einem guten Ende zu bringen.

Dieses gute Ende war nicht zuletzt auch dadurch möglich, daß es in der Schlußphase gelang, die Delegation der USA in gebührender Weise in die Verhandlungen einzubinden. Die außerordentlich skeptische Haltung der USA, die bis zur Nichtteilnahme in mehreren Verhandlungsgruppen ging, hätte bei konsequenter Festhaltung letztlich dazu führen können, daß der Abschluß der Konferenz von den USA sachlich nicht mitgetragen worden wäre, was aber wenig sinnvoll und sicherlich nicht im Interesse der Entwicklungsländer gelegen wäre. Die Teilnahme der USA an den Schlußverhandlungen ermöglichte es aber vor allem diesen Ländern, Abstriche von vielen ihrer unrealistischen Forderungen hinzunehmen, da eine Zustimmung der USA zu einem Kompromiß naturgemäß ein besonderes Gewicht besitzt.

Das Schlußdokument, gewissermaßen eine Strategieerklärung der UNCTAD, beginnt also mit einer allgemeinen Lagebeurteilung der Weltwirtschaft. Die Realität der erforderlichen Strukturanpassungsprozesse erfordern umfassende Anstrengungen aller Gruppen; durch diese Erkenntnis ist die bisherige Trias West — Ost — Süd zumindest wesentlich relativiert worden. Die bestehenden Probleme werden nüchtern aufgelistet, erzielte Fortschritte anerkannt, ebenso nationale Bemühungen, wozu auch die jüngsten Wirtschaftsreformen der Oststaaten zählen. Die Existenz weltwirtschaftlicher Interdependenzen wird als unbestritten anerkannt, ebenso die daraus resultierende geteilte Verantwortung für die wachstumsorientierte Anpassung aller Sektoren der Weltwirtschaft, wobei auch unbestritten anerkannt wurde, daß diese Verantwortlichkeit ein Korrelat zur wirtschaftlichen Potenz der Länder darstellt und daher den Industriestaaten in höherem Maße zufällt als den schwächeren Partnern des Konzertes. Erstmals in der Geschichte der UNCTAD werden die möglichen Beiträge der marktwirtschaftlich orientierten Industriestaaten mit denen der östlichen Planwirtschaften auf die gleiche Ebene gestellt (wie überhaupt zu bemerken ist, daß die Entwicklungsländer ihre Politik der Samthandschuhe gegenüber dem Osten immer mehr aufgeben, da sie sich auch nicht als lukrativ erweist). Den Entwicklungsländern wird zu der ihnen zukommenden primären Verantwortung für die eigene Entwicklung die Gewährleistung eines wachstumsfördernden Umfeldes zur möglichst effektiven Nutzung der Außenwirtschaftsbeziehungen und die Verstärkung ihrer gegenseitigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zugeschrieben.

Den vier meritorischen Abschnitten, die den vier Themata der Konferenz entsprechen, sind bei aller Unterschiedlichkeit in der Qualität zwei Aspekte gleich: Formal beginnen sie mit einem kürzeren „assessment“-Teil, und inhaltlich überwiegt der realitätsbezogene und marktwirtschaftliche Grundtenor. Hier kann nur kurz und beispielsweise auf die einzelnen Abschnitte eingegangen werden, ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, hat doch die Schlußerklärung über 50 Seiten. Im Ressourcenteil werden zum Thema Verschuldung viele Einzelmaßnahmen angesprochen, gewissermaßen eine Politik der kleinen Schritte empfohlen. Anerkannt wird, daß einzelne Länder unter einem negativen Ressourcenfluß leiden; die Schuldenstrategie soll jedoch dafür sorgen, daß alle Länder in der Lage sind, ihre notwendigen Importe und Investitionen finanzieren zu können. Die bekannten Ziele für die öffentliche Entwicklungshilfe (von deren Erreichung Österreich weiter entfernt ist denn je) werden erneuert, die Rolle der multilateralen Institutionen unterstrichen, einschließlich der regionalen Banken. Als Erfolg der Realisten kann auch begrüßt werden, daß die Kriterien für die Konditionalität auch auf Außenwirtschaftsbeziehungen, auf die Wachstumsbedürfnisse sowie auf den Schutz der armen Bevölkerungsteile Rücksicht nehmen sollen; auch die — an sich wünschenswerte — intensivere Zusammenarbeit zwischen Weltbank und Währungsfonds soll zu keiner „cross-conditionality“ führen. Die heimischen Ressourcen der Entwicklungsländer bedürfen besonderer Förderung, einschließlich der „human resources“. Die Behandlung von Währungsfragen blieb, da in die Kompetenz des Währungsfonds nicht eingegriffen wurde, relativ bläßlich, brachte aber immerhin die Bekräftigung der Erkenntnis der schädlichen Auswirkungen schwankender Wechselkurse auf den Welthandel und auf das Wirtschaftswachstum sowie auf die Förderung des Protektionismus; daher wird einer verstärkten Überwachung wirtschaftspolitischer Maßnahmen auf multilateraler Ebene unter Einbindung des Währungsfonds das Wort geredet.

Auf dem Rohstoffsektor kam es zu einer Wiederbelebung des von manchen Industriestaaten bereits totgehofften integrierten Rohstoffprogramms von Nairobi (UNCTAD IV), an dem keine Abstriche gemacht wurden. Der Gemeinsame Fonds soll so bald als möglich wirksam gemacht werden. Ein Schwerpunkt liegt auf dem Themenkomplex Diversifizierung, Verarbeitung, Absatz und Verteilung. Hier gewann die Erkenntnis, daß Maßnahmen der Rohstoffpolitik nicht isoliert, sondern in enger Einbindung in das gesamte entwicklungspolitische Umfeld eines Landes getroffen werden müssen, immer mehr an Boden. Die verstärkte Berücksichtigung marktwirtschaftlicher Faktoren führt bei den Produzentenländern zu einer vermehrten Diversifizierung, bei den Konsumentenländern zu einem offenen Marktzugang für die aus dieser Diversifizierung hervorgegangenen Produkte — beides sehr zu unterstützende Postulate. Zum Marktzutritt findet sich die erste Bezugnahme auf die Uruguay-Runde des GATT, von der wir im nächsten Abschnitt noch viel hören werden. Weitere erörterte Fragen waren Ausgleichsfinanzierung, wo keine echte Einigung erzielt werden konnte, Synthetika und Ersatzprodukte, wo eine Qualitätsverbesserung der Naturprodukte zu einer Erhöhung ihrer Wettbewerbsfähigkeit führen soll, sowie die Verfügung über „nichtkommerzielle“ (sprich: strategische) Lagerbestände, für die es Richtlinien von FAO und GATT gibt, die nach

dem Wunsch der Entwicklungsländer durch einen Verhaltenskodex abgelöst werden sollen.

Die Probleme der internationalen Handelspolitik erwiesen sich bei der UNCTAD VII einmal mehr als Kernstück der Auseinandersetzungen. Relativ rasch gelang es, die Einflüsse des Protektionismus als für alle Seiten schädlich zu erkennen und die Notwendigkeit von Maßnahmen der Strukturanpassung als für alle Seiten geboten zu bezeichnen, wenn auch die Formulierung schwierig war. Probleme gab es jedoch mit der GATT-Runde. Die souveräne, von den autoritären Zügen eines routinierten Parteichefs nicht freie Verhandlungsführung von Minister Bangemann brachte jedoch den Durchbruch zur Erkenntnis, daß der GATT-Runde ein bestimmender Einfluß der UNCTAD nicht gut tun kann; diese Erkenntnis auf Seiten der Entwicklungsländer fand ihre Entsprechung auf der anderen Seite darin, daß eine gewisse „begleitende Kontrolle“ durch die UNCTAD nicht schaden könne. Die jährliche Prüfung von protektionistischen und Strukturanpassungsmaßnahmen durch den UNCTAD-Rat soll verbessert werden. Interessant ist eine Anregung, wonach die Regierungen nationale Einrichtungen schaffen sollen, die Vorschläge auf protektionistische Maßnahmen in einem transparenten Verfahren prüfen sollen, um die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen dieser Maßnahmen sowie ihre Implikationen in entwicklungspolitischer Hinsicht zu prüfen; solche Einrichtungen würden die Regierungen überall in ihrem Kampf gegen Protektionismus unterstützen. Über weite Strecken wird die Erklärung von Punta del Este, mit der die Uruguay-Runde des GATT eröffnet wurde, zitiert und ihre enorme Bedeutung anerkannt, auch auf dem Agrarsektor. Die autonomen Präferenzschemata der Industriestaaten (in Österreich das Präferenzollgesetz) sollen weiter verbessert werden, und zwar unter strikter Beachtung der multilateral anerkannten Grundsätze, vor allem der Nichtdiskriminierung und der Nichtreziprozität; die technische Hilfe auf dem GSP-Sektor soll intensiviert werden (ob sich Österreich so etwas in Zukunft noch leisten können wird?). Umstritten bleibt weiterhin das heikle Gebiet der Dienstleistungen, insbesondere die Rolle der UNCTAD. Auf dem Sektor des Osthandels – wiederum eine Neuheit in der UNCTAD – werden die planwirtschaftlich organisierten Länder zur Vorlage umfangreicherer, vor allem aber qualitativ besserer und transparenterer Statistiken aufgefordert und unverblümt zu einer Verbesserung ihrer handelspolitischen, aber auch kreditpolitischen Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern gedrängt.

Der Abschnitt über die am wenigsten entwickelten Länder (zur Zeit 40, bald um Burma vermehrt) muß sich meritorisch im wesentlichen darauf beschränken, die in den anderen Erklärungsteilen enthaltenen Maßnahmen zu wiederholen und mit Appellen auf besondere Berücksichtigung dieser Länder zu verstärken. Die Einladung von Präsident Mitterand, die für 1990 fällige zweite LDC-Konferenz wiederum in Paris abzuhalten, wurde vorbehaltlich der Zustimmung der UN-Generalversammlung angenommen.

Am Konferenzende wurden verschiedene Vorbehalte zu Protokoll gegeben, denen jedoch nur wenig Substanz innewohnt. Die Erklärung der Gruppe B, daß die handelspolitischen Aktivitäten nicht in den Prozeß der Uruguay-Runde eingreifen dürfen, kommt ein eher präservatorischer Charakter zu. Die USA lehnten jegliche

Systeme zur Exporterlösstabilisierung ab. Zum Gemeinsamen Fonds wies Großbritannien auf die oben bereits angetönten Probleme der Anpassung an die derzeitigen Gegebenheiten hin, während die Niederlande ihr Angebot, Amsterdam als Sitz des Fonds zur Verfügung zu stellen, neuerlich vorbrachten. Die Gruppe 77 brachte ihre Ablehnung von aus politischen Gründen verhängten wirtschaftlichen Sanktionen ebenfalls in dieser Form zum Ausdruck.

So weit, so gut. Oder eher so schlecht? Ich glaube doch eher, so gut. Die mehrfach verwendeten Schlagworte Nüchternheit und Realismus müssen nicht nur zur Charakterisierung der Ergebnisse der UNCTAD VII verwendet, sondern inhaltlich auch begrüßt werden. Die Erfahrung der ersten 23 Jahre UNCTAD lehrte, daß ideologische Grabenkämpfe auf wirtschaftspolitischem Gebiet zwar viel Publizität, aber wenig greifbare Erfolge bringen. Die westlichen Industriestaaten betonten immer wieder, daß den Initiativen der Privatwirtschaft und den Marktkräften eine entscheidendere Rolle beigemessen werden sollte. Dies ist nun erfolgt; die weltplanwirtschaftlichen Ideen sind zu Grabe getragen worden, sie sind zumindest scheinot: Der Begriff der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung kommt im ganzen Schlußdokument kein einziges Mal vor. Dies ist allerdings eine ungeheure Herausforderung an den Norden: hic Rhodus, hic salta: Jetzt liegt es an ihm zu beweisen, daß die Entwicklungspolitik durch marktwirtschaftliche Instrumente tatsächlich besser gefördert werden kann als durch planwirtschaftliche Maßnahmen. Den Begriff der „Wende“ in diesem Zusammenhang zu strapazieren, erscheint nicht nur übermedial, sondern auch gefährlich. Meiner Meinung nach bietet das Ergebnis der UNCTAD VII weder Anlaß für ein Triumphgeheul der Marktwirtschaftler noch für ein Wutgeheul der NIWO-Anhänger. Für beide Seiten ist eine Herausforderung gegeben, die neu definierten Vorgaben entsprechend zu nutzen und das Beste daraus zu machen.

Die UNCTAD ist auf ihrer Reise durch die Kontinente – 1964 Genf, 1968 New Delhi, 1972 Santiago, 1976 Nairobi, 1979 Manila, 1983 Belgrad und 1987 wieder Genf – an ihren Ausgangspunkt zurückgekehrt. Dies kann als ein Symbol gesehen werden. Als ein zweites Symbol mag es gelten, daß in der entscheidenden Nacht sachlicher Verhandlungen große Teile des Palais Wilson in Genf, das der erste Sitz des Völkerbundes war, in einem Feuersturm unterging. Die Schlußakte der UNCTAD VII stellt somit einen neuen Anfang dar, eine Plattform für die Zukunft. Plattformen müssen gemeinsam betreten und genutzt werden. Die Einbindung der USA in die entscheidende Phase der Verhandlungen, die nicht zuletzt auf die Bemühungen der auch sonst sehr aktiven österreichischen Delegation zurückging, kann hier als gutes Omen gesehen werden: das gemeinsame Reden bringt mehr als einseitige Deklarationen, die zum Fenster und zur Presse hinaus abgegeben werden.

Sicherlich haben die Entwicklungsländer größere Abstriche von ihren Ausgangspositionen gemacht als die Industriestaaten. Ihre ursprünglichen Forderungen waren aber auch soweit gesteckt, daß eine Einigung auf ihrer Grundlage unvorstellbar war. Sicherlich wurden bei der Formulierung der Schlußakte gewisse dornige Probleme hinter glatten Formulierungen verborgen, die künftige Konflikte geradezu vorprogrammieren. Die Zukunft wird zeigen, ob beide Seiten willens und in

der Lage sind, die Chancen zu nutzen, die sich aus der gemeinsamen Plattform ergeben. Für Österreich, dessen entwicklungspolitische Glaubwürdigkeit in den letzten Jahren immer stärker ins Zwielficht geraten ist, wird sich in diesem Zusammenhang eine besondere Herausforderung ergeben. Die jüngsten, budgetpolitisch durchaus notwendigen Maßnahmen der Bundesregierung lassen kaum große Hoffnungen zu. Am Gesetzgeber, aber auch an der Verwaltung wird es liegen, Solidarität und Partnerschaft — im wohlverstandenen beiderseitigen Interesse — vom Schlagwort zum tragfähigen Programm zu machen.

Gottfried Mazal, Postfach 2, A-1015 Wien

Journal für Entwicklungspolitik 3, 1987, S. 101 — 102

Bertholt Bös, Angelika Wörthmüller (Hrsg.), Krank heilen. Medizinische Entwicklungshilfe und Verdrängung der traditionellen Heilkunde. Carl Duisberg Gesellschaft e.V., Verlag Breitenbach, Saarbrücken.

Die „Dritte Welt“ war schon krank, als sie geboren wurde. Durch die Kolonisierung und die sogenannte Zivilisation wurde Krankheit produziert, ob durch Einschleppen von Viren und Bakterien oder durch Auflösung ursprünglicher Lebensorganisation.

Zuerst versuchte man die „Dritte Welt“ zu „heilen“, indem man ihr die Botschaft Christi brachte und predigte, daß mit genug Glauben alles gut werde. Für die, die trotzdem noch krank wurden, importierte man dann die europäische Medizin, mitsamt hochtrabender Versprechungen und Lobreden ob der Heilkraft der abendländischen Lehre. Alles werde gut, hieß es wieder, wenn nur die alten, heidnischen „Medizinmänner“ zum Teufel geschickt würden. Allwissend seien die Götter in Weiß.

Der erste Versuch der „Heilung“ scheiterte ebenso wie der zweite. Nun gibt es seit 1978 einen dritten in Gestalt des Konzeptes der „Primary Health Care“ (PHC) bzw. der „Basisgesundheitsversorgung“. Spannend genug die Frage: Wird dieses Konzept die Probleme lösen können? Wird es endlich wirklich heilen statt „krank heilen“, wird es die jahrhundertealte Tradition der „Kränkung“ der „Dritten Welt“ auf verschiedensten Ebenen (ökonomisch, politisch, sozial und medizinisch) brechen?

Dies ist eine der zentralen Fragen, die 18 Autoren/innen in dem jetzt erschienenen Buch „Krank heilen. Medizinische Entwicklungshilfe und Verdrängung der traditionellen Heilkunde“ (ASA-Studien 10) nachgehen. Eindeutige Antworten gibt es auf den 330 Seiten zwar nicht — zu sehr variieren Fachrichtung, Perspektive und Herangehensweise der Autoren. Trotzdem spricht das Buch in einigen grundsätzlichen Fragen eine sehr deutliche Sprache.

Arroganz und Überheblichkeit der westlichen Medizin bzw. ihrer Träger lassen sich als Hauptverantwortliche für die Zerstörung der traditionellen Heilkunde identifizieren. Vielfach ist dieser Prozeß schon irreversibel, da hilft kein noch so gutes Konzept mehr. Aber auch dort, wo es noch traditionelle Medizin gibt, ist die Gefahr der Verdrängung längst nicht vorüber. Die im PHC-Konzept vorgesehene Integration von traditioneller und moderner Medizin garantiert noch keinen Schutz. Diese Verschränkung so gegensätzlicher Systeme funktioniert nämlich nur, wenn die moderne Medizin dabei ohne Machtanspruch auftritt, wenn die Planung sorgfältig genug ist und das staatliche Gesundheitspersonal genug Aufgeschlossenheit zeigt. In Chile und Ecuador beispielsweise — so zeigen die Beiträge — ist dies viel zu wenig der Fall.

„Die Bilanz von fast vier Jahrzehnten medizinischer Hilfsleistungen ist niederschmetternd“, schreiben die Herausgeber des Bandes in einem einleitenden Bei-

trag. Manchmal scheint es so, als ob der Begriff „Entwicklungshilfe“ nur als Feigenblatt für die Sicherung wirtschaftlicher oder politischer Interessen dient. Die Vorgehensweise von Pharmaindustrie und Bevölkerungspolitikern in Ländern der „Dritten Welt“, die in dem ASA-Buch beschrieben wird, weist jedenfalls in diese Richtung. Streckenweise wirken die Erfahrungsberichte aus Asien, Afrika und Lateinamerika angesichts der Mißachtung vitaler Interessen der Bevölkerung geradezu deprimierend. Es werden aber auch Projekte und Initiativen vorgestellt, die durchaus optimistisch stimmen.

Die Publikation richtet sich nicht nur an Insider der Entwicklungs- bzw. Gesundheitsproblematik, sondern an alle, die unsere Hochleistungsmedizin nicht als reinen Segen betrachten und ermöglicht einen anspruchsvollen, aber lohnenswerten Einstieg in Fragen der Gesundheitsversorgung von Staaten der „Dritten Welt“ und der sinnvollen medizinischen Fürsorge überhaupt.

Journal für Entwicklungspolitik 3, 1987, S. 103 – 104

Karin Gauer, Marie-Agnes Heine, Christina Röper (Hrsg.), *Umwelt am Ende? Zur Umweltproblematik in der Dritten Welt*, Verlag Breitenbach, Saarbrücken – Fort Lauderdale 1987, 354 S.

In der Publikation über Umweltprobleme der Dritten Welt präsentieren 18 junge Umweltwissenschaftler und Umweltwissenschaftlerinnen ihre Forschungs- und Studienergebnisse, die sie in mehrmonatigen Aufenthalten in zwölf „Entwicklungsländern“ erarbeitet haben. Ermöglicht wurden die unterschiedlichen Umweltprojekte in Asien (8), Afrika (4) und Lateinamerika (4) durch das ASA-Programm der Carl Cuisberg Gesellschaft.

Meine Vermutung, dieser Sammelband leiste einen wachseren Beitrag zum Export wohlfeiler Umweltratschläge, wurde bitter enttäuscht. Stattdessen muß ich zur Kenntnis nehmen, daß er einen herausragenden Beitrag leistet zum Import von ökologischem Wissen über ausgewählte Entwicklungsländer. Der ökologische Wissenstransfer aus so unterschiedlichen Problemfeldern wie der halbfeudal organisierten Landwirtschaft in Nepal (S. 123 – 142), des kapitalistisch organisierten „techno-farming“ in Brasilien (S. 99 – 122) und der planwirtschaftlich entwickelten „agro-industriellen Komplexe“ in Mosambik (S. 165 – 196) in die bundesweite Umweltdiskussion böte genug Anlaß, unsere Umweltratschläge an andere als das zu bezeichnen, was sie sind – Ausdruck einer ökokolonialistischen Arroganz.

Die Wirksamkeit dieser Arroganz in der internationalen Umweltpolitik hat ihre Grundlage, worauf die Herausgeberinnen mit gebotener Deutlichkeit hinweisen: „Häufig führte die durch die Kolonisierung erzwungene Ausrichtung der wirtschaftlichen Aktivitäten der später sogenannten Dritten Welt auf die Interessen und Bedürfnisse der Industrieländer und ihre damit einhergehende Funktionalisierung als Rohstofflieferanten und Absatzmärkte für die Überproduktion der kapitalistischen Metropolen zu einer nachhaltigen Deformierung ihrer ökonomischen und sozialen Strukturen und zur Vernichtung von ökologisch angepaßten Landnutzungsformen und traditionellen Kulturen.“ (S. 15)

Es ist das Verdienst der Autorinnen und Autoren dieser Umweltstudien, diesen allgemeinen Zusammenhang an unterschiedlichen Naturnutzungsformen wie Land-, Weide- und Forstwirtschaft, Wasserwirtschaft sowie Tourismus sorgfältig empirisch untersucht und meist sogar spannend dargestellt zu haben.

Wer von uns kennt schon den natur- und sozialgeschichtlichen Zusammenhang zwischen der Maya-Landnutzung der Halbinsel Yucatan und der heutigen „Milpa“ (Brandrodungsfeldbau) oder den zwischen der nomadischen Weidewirtschaft in Zentralsomali und heutiger staatlicher „Modernisierungspolitik“ (S. 69 – 98; S. 219 – 235)?

Die ökologischen Analysen haben, wen wundert's, deprimierende Ergebnisse über mediale Veränderungen, Beeinträchtigungen und teilweise irreversible Veränderungen der untersuchten Stoffwechselprozesse zutage gefördert. Sie haben aber,

weil sie einem emanzipatorischen Erkenntnisinteresse verpflichtet sind (S. 26 f.), immer auch versucht, theoretische und praktische Lösungen mit den Menschen „vor Ort“ zu diskutieren.

Es gehört zu den Verdiensten dieser Publikation, daß am Beispiel dreier Umweltschutzgruppen aus Entwicklungsländern – Malaysia, Kolumbien und Indien – über die Umweltproblematik aus der Sicht der unmittelbar betroffenen Menschen berichtet wird (S. 319 – 351).

Der Umweltrat der Europäischen Gemeinschaft hat in Brüssel das Europäische Umweltjahr 1987 ausgerufen. Es war auch höchste Zeit für solche Symbolik. Europa ist nämlich für die Welt längst zum warnenden Umweltbeispiel geworden. Auch dieses Buch über Umweltprobleme in der Dritten Welt kann als Beitrag zum Umweltjahr verstanden werden. Weniger als offizieller, aber dafür als seriöser.

Knut Krusewitz, Berlin

INFORMATIONEN FÜR AUTOREN:

1. Umfang:

Der Beitrag darf den Umfang von 20 Seiten (1 1/2-zeilig, einschließlich Anmerkungen und Literaturverzeichnis) nicht wesentlich überschreiten. Wird dieser Umfang überzogen, muß die Autorin/der Autor mit der Auflage einer Kürzung rechnen.

2. Zitierweise:

Generell sollte ein Verzeichnis aller ver- und bearbeiteten Literatur am Ende des Beitrages stehen. Sofern auf Literatur verwiesen wird, soll dies im Text selbst, und zwar folgendermaßen geschehen: „wörtliches Zitat“ (Myrdal 1982, S. 40) oder: dem Sinn nach (vgl. Elsenhans 1984, S. 131 ff.). Fußnoten bzw. Anmerkungen sind durchlaufend zu nummerieren.

3. Zusammenfassung:

Es wird ersucht, eine knappe Zusammenfassung auf Englisch beizulegen.

4. Autorennotiz:

Bitte schicken Sie gemeinsam mit Ihrem Artikel auch eine Kurzcharakteristik Ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit.

5. Begutachtungsverfahren:

Sämtliche einlangenden Manuskripte werden von der Redaktion begutachtet. Wissenschaftliche Manuskripte werden zusätzlich zwei externen Begutachtern zur Stellungnahme vorgelegt. Die Namen der Begutachter werden von der Redaktion vertraulich behandelt. Die endgültige Entscheidung über die Aufnahme eines Artikels in das JEP bleibt der Redaktion vorbehalten.

Manuskripte sind zu senden an: Journal für Entwicklungspolitik, Resselgasse 5/25, 1040 Wien. Redaktionsschluß für die einzelnen Nummern: 15. 1., 15. 4., 15. 7., 15. 10.

VORSCHAU AUF DIE NÄCHSTEN HEFTE:

1987/4	Staat und Entwicklung
1988/1	Offen
1988/2	Offen
1988/3	Offen